

Systemfrage

System Stuttgart 21

Notbremse
Gebrauch erwünscht!



**Stuttgart 21, das Monopolkapital
und der Staat**

Preis 2,50

**DKP**

Editorial

Im Dezember diesen Jahres feiert die Bahnprivatisierung ihren 20. Geburtstag. Nach der Einverleibung der DDR war das Erfolgsrezept deutscher Politik die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Das kapitalistische Profitprinzip war das Allheilmittel, überall sollten blühende Landschaften entstehen.

Zwei Jahrzehnte später zeigen sich die Grenzen des Kapitalismus wieder deutlich. Die Bahn ist, obwohl noch nicht an die Börse gebracht, ein Unternehmen, das Profit machen soll. Dafür hat der Vorstand die Hälfte des Personals abgebaut, einseitig die Hochgeschwindigkeitsverbindungen ausgebaut und gleichzeitig in der Fläche Strecken ausgedünnt und verkommen lassen. Im August 2013 muss der Bahnhof Mainz zeitweise geschlossen werden, da nicht genug Stellwerkspersonal vorhanden ist.

Und in Stuttgart erleben wir hautnah, was die Verkehrsplanungen des Monopolkapitals für Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben.

Aber nicht nur die Bahn AG ist gescheitert. In vielen Kommunen, auch in Stuttgart, ist klar geworden, dass die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge nur für die Kassen der Unternehmen sinnvoll ist. Mit der nach wie vor schwelenden Krise ist klar, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die Probleme der Menschheit zu lösen.

Doch die Monopolherren sitzen mit Hilfe ihres Staates noch fest im Sattel. Die Mehrheit der Menschen sieht keine Alternative zum herrschenden System und zu wenige kämpfen für ihre Interessen.

Doch das Beispiel S 21 zeigt, wie schnell sich die Ohnmacht und die Wut auf dieses System in Widerstand verwandeln und in der schwäbischen Provinzhauptstadt antikapitalistisches Bewusstsein entstehen kann. Dazu soll diese Broschüre einen Beitrag leisten.

Es gilt, eine langfristige Perspektive aufzubauen, mit der weiteren Vernetzung und Ausweitung der Inhalte z.B. in Richtung sozialer Themen und der Gewerkschaften. S 21 ist im Moment das größte Projekt zum Umbau unserer Stadt im Profitinteresse der Herrschenden, aber so etwas gibt es in Klein in jedem der 23 Stadtteile. Wenn wir da in jedem Stadtteil Sand ins Getriebe streuen können, vielleicht sogar den einen oder anderen Erfolg erringen, wird unser Selbstbewusstsein gestärkt. Die Kommunalwahl könnte die nächste Chance sein, uns weiter zu stärken. Mit einem guten Wahlergebnis können wir Kraft tanken. Stuttgart im August 2013



- ooo weil die **CDU** schon immer gut für **christlichen Profit** war!
- ooo weil das **Milliardengrab** ein **„ursozialdemokratisches Projekt“** ist!
- ooo weil die **Stuttgarter** mit **Zwiel Park** sowieso nur **übermütig** werden!
- ooo weil ich ein **Parteigänger** von **Für Dicke Posten** bin!
- ooo weil die Leute mit **Schule 21** zu **schlau** werden!
- ooo weil den **Bankenzockern** die **Zukunft** gehört!
- ooo weil **Demokratie** sowieso für den **Arsch** ist!

Inhalt



- S 21: Monopoly – Exempel am Nesenbach!** Seite 4
- S 21 wäre schon lange tot!** Seite 6
Interview mit Werner Sauerborn
- Stuttgart 21 Chronologie** Seite 9
von 2011 bis April 2013
- Sich nicht mehr alles gefallen zu lassen!** Seite 13
Interview mit den „Vaihingern für den Kopfbahnhof“
- Stadtpolitik in Stuttgart** Seite 17
- Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur** Seite 20
Interview mit Hannes Rockenbauch
- Stell Dir vor, Stuttgart 21 wird gebaut** Seite 25



Impressum

Herausgeberin:

DKP Stuttgart
Böblinger Straße 105
70199 Stuttgart

Bestellung und Kontakt:

info@dkp-stuttgart.org

Telefon und Fax:

0711 / 6599900

V.i.S.d.P.: B. Blach

Bildnachweis:

Jorgo: S.12, 18, 27; Thomas Iglar und fluegel.tv: S. 4

www.graffiti-foto.de S. 6,7; Flickr.com, Rafael Landwehr, S.9

Alexander Schäfer, www.schaeferweltweit.de: Titelmontage, 9, 10, 11, 14, 19, 21, 22

Vaihinger für den Kopfbahnhof: S. 14, 20

Marmich S.8, 12, 23, 25, 28

Spendenkonto: DKP Stuttgart, Konto: 2078906, BLZ: 60050101, BW – Bank

S 21: Monopoly – Exempel am Nesenbach!

Längst ist allen Informierten klar, dass S 21 nicht nur verkehrspolitischer Unsinn ist (Rückbau der Schienenkapazität ...), auch unendlich viel teurer wird als angekündigt, sondern auch Risiken und Gefahren in sich birgt, die bisher noch gar nicht voll abzuschätzen sind. Und vor allem, wie man jetzt schon sieht, ein Projekt der unglaublichsten Stadtzerstörung zu werden droht.

Wenn aber die Mehrheit der Bevölkerung nachweislich nur Nachteile durch S 21 zu erwarten hat, vor allem durch die Verschlechterung des Regional- und Nahverkehrs, durch Beeinträchtigung des Innenstadtklimas, durch Gefährdung des Mineralwasser und, und, und ... - was steckt dann als Treibsatz hinter diesem Projekt?

Sind es nur unfähige und verbohrte Politiker, die aus Prestige-Gründen nicht zugeben wollen, dass sie sich einmal falsch entschieden haben und

die dem Druck der Straße, der Protestbewegung aus Eitelkeit oder Starrsinn nicht nachgeben wollen?

Oder sind es ausschließlich vordergründige Profitinteressen von Immobilienspekulanten und Baufirmen? Oder von Banken, die sich bessere Verwertungsbedingungen für „frei-floatendes“ anzulegendes Kapital versprechen?

IHK als Interessen-Bündelung

Was ist der Hintergrund dafür, dass sich die IHK (Industrie- und Handelskammer) Stuttgart mit großer Mehrheit für das Projekt stark macht – allerdings gegen den Widerspruch einiger kleinerer Mitglieder? In der IHK haben vor allem die mächtigsten Industrie- und Handelskonzerne das Sagen, und das sind in Stuttgart eben vorrangig der Daimler-Benz-Konzern, Bosch, Porsche ... Ist es Zufall, dass an der Spitze der Bahn AG seit ihrer Privatisierung Anfang der

90er Jahre von vier Chefs drei aus dem ehemaligen Daimler-Management stammen (Dürr von Daimler-AEG, Mehdorn von Daimler-EADS, Grube direkt von Daimler)? Die Privatisierungsentscheidung 1992 unter Kohl wurde übrigens von SPD und Grünen mitgetragen!

Ist es Zufall, dass von einem Abbau der Schienenkapazitäten ein Ausbau des Straßenverkehrs zwangsläufig die Folge wäre? Was natürlich direkt der Autobranche in die Hände arbeitet, nicht nur in der Steigerung des PKW-Pendlerverkehrs, sondern auch des LKW-Güterverkehrs und der weiteren Verlagerung von Schienen- auf Busverkehr, mit allen fatalen ökologischen Folgen ... erinnert sei hier an die Beispiele USA und England, wo die Bahnprivatisierung zum „Plattmachen“ des Schienennetzes führte.

Ist es Zufall, dass einer der Hauptinvestoren hinter dem Hauptbahnhof der dem Otto-Handelskonzern zugehörige ECE-Konzern ist, der mit einem weitverzweigten Publicity-Projekt mit dem netten Titel „lebendige Stadt“ namhafte



Politiker von CDU/ CSU, FDP, SPD bis Grüne für sich einspannt, um seine profitmaximierenden Städtebau-Kommerz-Projekte durchzuführen? „Lebendig“ steht hier vor allem für sprudelnden Profit! Hier sei auf unsere erste Broschüre zu S 21 „Bahnhof unterm Daimler-Stern“ hingewiesen, wo Interessenlagen von Einzelkonzernen detailliert nachgewiesen werden. (Download unter www.dkp-stuttgart.org)

Weichenstellung der 90er Jahre

Was war der ausschlaggebende Grund dafür, dass in der Geburtsstunde der Idee S 21 Anfang der 90er Jahre eine illustre Vierer-Runde die Weichen gestellt hat: Teufel als CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Rommel als CDU-OB von Stuttgart, Wissmann als CDU-Bundesverkehrsminister (und heute übrigens Chef-Lobbyist der Autobranche!) und Dürr als ehem. IHK-Vorsitzender von Stuttgart und gerade neu ernannter Chef der Bahn AG? Musste es ihnen nicht als grandiose Idee erscheinen,

durch das Versenken des Hauptbahnhofs eine „ganze neue Innenstadt“ der Profitmaximierung zu erschließen? Mit diesem Projekt sollten sich alle ökonomischen Interessen des großen Kapitals genial bündeln lassen, und zugleich Stuttgart aus dem Dornröschen-Schlaf der etwas zurückgebliebenen Provinz-Hauptstadt zu erwecken sein. Mit einer neuen Prunk- und Glitzer-City hinter dem Hauptbahnhof wäre auch dem globalen Prestige der Weltkonzerne Daimler, Bosch, Porsche und Co. maximal gedient. Was scheren da triviale Bevölkerungsinteressen, die stehen nur im Wege! So ist unterm Strich S 21 tatsächlich ein Projekt des gesamten hiesigen Monopolkapitals, wo sich mehrere Interessen decken und ergänzen und wo – erst recht durch die Krise verschärft – sich neue verlockende Verwertungsbedingungen für überschüssiges Kapital anbieten mit staatlicher Gewinngarantie. So ist an allen vorgenannten Profitgründen was Richtiges dran, aber erst in ihrer Gesamtheit, in ihrer Bündelung ergibt sich die hemmungslose

Triebkraft hinter diesem verantwortungslosen Stadtzerstörungsprojekt!

Verfilzung von Politik und Kapital

Und dann ist es eben nicht nur Verbohrtheit oder Inkompetenz von Politikern, die eine von der Sachlage her längst fällige Korrektur verhindert. Sondern es ist der Tatsache geschuldet, dass in unserem Land führende PolitikerInnen auf das allerengste verbandelt sind mit führenden Wirtschaftsinteressen, die vor allem Großkonzern- bzw. Monopolinteressen sind. Oder mit anderen Worten: Wir leben in einem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wo die Macht des Staates sich untrennbar mit der Macht der Monopole verflochten hat!

Und das unabhängig vom Parteibuch führender PolitikerInnen, von CDU-Merkel über SPD-Schmid und –Schmiedel bis Grünen-Kretschmann und –Herrmann! Das unterstreicht die flinke „Lernfähigkeit“ der Realo-Grünen auf ihrem kurzen Weg von der Protestbewegung hin zur „Regierungs-

Staatsmonopolistischer Kapitalismus

Ist gekennzeichnet durch die Verschmelzung der Macht der Monopolkonzerne mit der Macht des imperialistischen Staates zu einem Gesamtmechanismus zur Beherrschung der gesamten Gesellschaft durch das Monopolkapital. Dabei ordnet sich das Monopolkapital nicht einfach den Staat unter, sondern die Wirtschaftsmacht wird mit der politischen Macht vereinigt um die Konzentration und Zentralisation voranzutreiben. Gleichzeitig ist staatliches Eingreifen in die Wirtschaft durch Subventionen, (Rüstungs-)Aufträge, Sozialabbau notwendig, da die kapitalistischen Marktmechanismen durch die Monopole nur noch eingeschränkt wirken.

fähigkeit“ im Sinn der herrschenden Klasse!
Und da darf es letzten Endes, wie Kanzlerin Merkel es in ihrem Sinne so richtig auf den Punkt brachte, keinen Erfolg einer noch so mächtigen Protestbewegung gegen eines der angeblich demokratisch beschlossenen Großprojekte geben. Denn wo kämen wir hin, wenn sich das Großkapital und die ihm hörigen PolitikerInnen nicht mehr durchsetzen könnten, um in ihrem Klasseninteresse die Gesellschaft weiter umzubauen in Richtung

einer autoritären „marktkonformen Demokratie“, koste es, was es wolle.

Brecht die Macht der Monopole!

Die geschilderte Charakterisierung des Stamokaps macht deutlich, dass es eine enorm breite und trotzdem zielklare antimonopolistische Bewegung braucht, um dieses Machtkartell aufzubrechen. Neben den bereits vielen Aktiven, engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Ingenieuren,

Architekten, Lehrern und ErzieherInnen, Ärzten, Juristen, Theologen, Geologen usw. braucht es vor allem ein aktiveres Eingreifen unserer Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, die endlich im wohlverstandenen gesamtgesellschaftlichen Interesse ihrer Mitglieder ihre Beschlüsse gegen S 21 in die Aktion umsetzen muss!

Und auch hier gilt: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren

S 21 wäre schon lange tot!

Interview mit Werner Sauerborn, der Vertreter der Gewerkschafter gegen S 21 (GGs-21) im Aktionsbündnis ist.

GgS-21 ist eine Initiative von KollegInnen von „unten“, die „offiziellen“ Gewerkschaften sind (mit Ausnahme von ver.di) bei der Bewegung gegen S 21 nicht dabei, trotz z.T. recht positiver Beschlüsse von ein-

zelnen Gremien z.B. Vertreterversammlung der IGM. Was ist der Grund? Gibt es vielleicht doch noch Illusionen in Sachen Arbeitsplätze?

Werner: Glücklicherweise gibt es noch einige weitere gewerkschaftliche Gliederungen bei Einzelgewerkschaften, beim DGB und nicht zu vergessen die GdL, die gegenhalten.

Ansonsten haben sich nach Vorgabe der IGM als der mit Abstand größten Einzelgewerkschaft im Land alle auf eine Position des Raushaltens verabredet, was in der politischen Wirkung einer Unterstützung von S 21 gleichkommt. Eine Rolle spielen dabei immer noch die engen Verbindungen von Gewerkschaftsführungen mit der hier besonders betonköpfigen Landes-SPD. Aber da, wo es an Informationen fehlt, spielt auch die Vorstellung mit, wo irgendwas gebaut werde, würden dabei auch Arbeitsplätze rausspringen. Als gäbe es nicht auch viele Beispiele, wo gesellschaftlich widersinnige Arbeitsplätze am Ende nicht sicher sind.



Hätte S 21 mit mehr Druck aus den Betrieben (Daimler; Bosch; Porsche etc.) schon gestoppt werden können?

Werner: Wenn die Gewerkschaften ihre eigenen Beschlusslagen ernst genommen, aufgeklärt und mobilisiert hätten, wäre S 21 schon lange tot.

Vertreter der Gewerkschaften (mit Ausnahme des Vertreters der GDL) haben im Aufsichtsrat für die Fortführung von S 21 gestimmt. Wie erklärst Du Dir das, wo das Projekt doch so eindeutig gegen die Interessen der Bahnbeschäftigten und eines vernünftigen Bahnverkehrs gerichtet ist (und auch gegen die Interessen der Bevölkerung der Region Stuttgart).

Werner: Gerade die außerbetrieblichen Aufsichtsratsmitglieder hätten die Aufgabe gehabt, das Projekt auch auf seinen gesellschaftlichen und verkehrspolitischen Nutzen hin zu beurteilen. Das wäre auch sehr nah an den langfristigen Interessen der Bahnbeschäftigten dran gewesen. Denn eine Verkehrswende rückwärts, eine Rückverlagerung von Verkehr von der Schiene auf die Straße, was Konsequenz eines leistungsschwächeren Verkehrsknotens sein würde, kann nicht im Interesse der Bahnbeschäftigten sein. Die wird auch nicht aufgewogen durch einen

überdurchschnittlich guten Tarifabschluss 2013 der EVG.

In den letzten Jahren ist hier im Lande einiges in Bewegung gekommen, nicht nur bei S 21. Welche Chancen siehst Du für eine Vernetzung der verschiedenen Protestbewegungen, um dadurch auch politische Veränderungen für die Interessen der arbeitenden Menschen zu erreichen? Welche Aufgabe und Rolle käme dabei auf die Gewerkschaften zu?



Werner: Das Thema S 21 hat in Stuttgart so etwas wie ein ungewolltes Mobilisierungsmonopol. Seit Jahren hat es hier keine politischen Mobilisierungen gegeben, die ähnliche Dimensionen erreicht hätten, auch die gewerkschaftlichen nicht. Um so ärgerlicher, dass die gewerkschaftlichen Spitzen sich einem Zusammengehen verweigern. Das böte in beide Richtungen viel politisches Potential.

Was müsste sich innerhalb unserer Gewerkschaften än-

dern, damit sie eine ähnlich positive Rolle bei Protestbewegungen einnehmen wie z.B. bei den Protesten in der Türkei?

Werner: Ganz bescheiden gesagt: die Gewerkschaften müssten die Diskussion, die Information der KollegInnen zulassen. Offene Diskussionen über die Proteste in der Türkei, die im Ursprungskonflikt sehr viel Ähnliches mit Stuttgart 21 haben, und auch die

Diskussion über S 21 selbst, stellen kein Spaltungsrisiko dar, wie immer wieder behauptet wird. Kontroverse Diskussionen, fair geführt, überfordern die Mitglieder und Belegschaften nicht, sondern stärken und politisieren sie.

Ein grüner Ministerpräsident, ein grüner OB, das Personal hat gewechselt auch durch den Druck des Protestes gegen S 21. Die Politik jedoch nicht wirklich, was können Wahlen bewirken? Wurden Deine Erwartungen enttäuscht?

Werner: Die Enttäuschung v.a. über Kretschmann ist bei allen S 21- GegnerInnen, auch bei den Grünen riesig, auch wenn man in Rechnung stellt, dass er in einer Koalition gebunden und einer Landtagsmehrheit für S 21 gegenübersteht. "Nix tun kann jeder, Herr Kretschmann" ist gerade ein Schlüssel-Slogan des Widerstands. Kretschmann hätte vielmehr tun können. Er hat den Widerstand gegen S 21 auf eine überangepasste Weise der Koalitionsräson geopfert.

Zur Zeit sieht es nach einer Patt-Situation zwischen Bahn und Projektgegnern aus. Trotzdem macht die Bahn

einfach weiter. Welche Chancen siehst Du für die Verhinderung des Projektes S 21?

Werner: Es ist ein Kampf um die Zeit. Die Bahn versucht bei S 21 und bei dem genauso sinnlosen Neubaustreckenprojekt, Fakten zu schaffen, koste es was es wolle, um den point of no return zu erreichen und dann Stadt und Land die Rechnung auf zu machen. Es gibt gerade eine Große Koalition des Dethematisierens von S 21 zumindest bis zur Bundestagswahl. Es gibt einige Hinweise, dass auch die Grünen auf Bundesebene da mitspielen. Tausende BürgerInnen haben dieses Spiel durch-

schauf und werden sich nicht mehr abschütteln lassen. Jeden Montag sind 2000 bis 3000 Menschen auf der Straße. Bei den großen Samstagsdemos 8000 bis 10 000. Der Widerstand ist erstaunlich stabil und die Widersprüche des Projekts werden unweigerlich aufbrechen. Diese Kombination macht mich sehr sicher, dass wir diesen Wahnsinn stoppen werden.

Vielen Dank für das Gespräch Werner.

Weiter Infos zu GgS-21 unter: gewerkschaftergegens21.de



Stuttgart 21 Chronologie von 2011 bis April 2013

27. März 2011

Der 15. Landtag wird in Ba-Wü gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von 66,3 % erreichten die CDU 39,0 %, die Grünen 24,2 %, die SPD 23,1 % und die FDP 5,3 %. Die CDU muss in der Folge nach 58 Jahren die Regierungsverantwortung an eine Koalition aus Grünen und SPD abgeben; mit Winfried Kretschmann wird erstmals ein Grünen-Politiker zum Regierungschef eines deutschen Bundeslandes gewählt. Den Sieg haben die Grünen ohne Zweifel dem Widerstand gegen S 21 zu verdanken. Hoffnungen, aber auch Illusionen werden unter den Gegnern von S 21 geweckt.



26. April 2011

Der Koalitionsvertrag zwischen Grünen und SPD wird unterschrieben. Zu S 21 wird festgehalten: „Die neue Landesregierung steht trotz des Dissenses über Stuttgart 21 zur Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. (...) und sind sich einig im Bestreben, den Streit um Stuttgart 21 zu befrieden und die Spaltung in der Gesellschaft zu überwinden.“

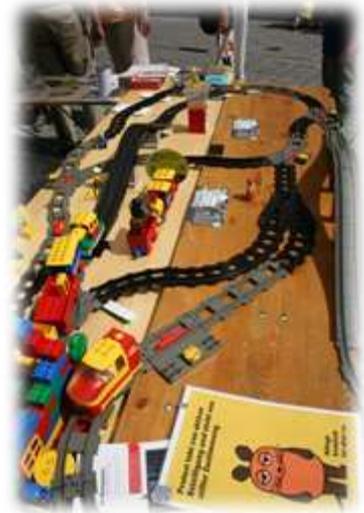
Gleichzeitig halten die Grünen gegen S 21 fest: „Im achtgleisigen Tiefbahnhof ist kein Integraler Taktfahrplan möglich. Der ebenerdige Umstieg hätte Vorteile für Reisende mit Kinderwagen, gehbehinderte Menschen oder Rollstuhlfahrer, weil sie keine Aufzüge oder Treppenanlagen benutzen müssen.“

Es werden Bedingungen für die Volksabstimmung formuliert, die insbesondere die Bahn einzuhalten hat, die jedoch, wie es sich später herausstellt, niemals eingehalten werden.

Juli 2011

Die Bahn AG präsentiert die Ergebnisse des von ihr durchgeführten Stresstest. Die Ingenieure für den Kopfbahnhof fordern die Bahn auf, einen tatsächlichen Stresstest für Stuttgart 21 durchzuführen. „Ein solcher Stresstest darf sich nicht darauf beschränken, den Normalbetrieb mit durchschnittlichen Verspätungen zu simulieren, ein Stresstest muss auch Störfälle darstellen. Bislang hat die Bahn eine Fahrplansimulation vorgelegt, in der lediglich mittlere Verspätungen berücksichtigt sind. Diese Fahrplanuntersuchung kann aus technischer Sicht nicht als Stresstest bezeichnet werden.“

Im Rahmen der Präsentation der Ergebnisse wird überraschenderweise von Heiner Geissler eine sogenannte „Kombi-Lösung“ präsentiert. Diese soll sowohl Kopfbahnhof als auch Tiefbahnhof für Fernverkehr beinhalten.



18. November 2011

Dr. Christoph Engelhardt weist in Zusammenarbeit mit Wiki-Real wissenschaftlich nach, dass die Bahn ihren Stresstest mit falschen Prämissen, falschen Zahlen und gegen Bahninterne Regelungen durchgeführt hat.

27. November 2011

Volksabstimmung zum Finanzierungsausstieg des Landes aus S 21. Unter massiver Meinungsmanipulation und Verbreitung von falschen Daten, insbesondere durch OB Schuster, konnte eine Mehrheit gegen den Ausstieg zustande kommen.

Dezember 2011

Der Aufsichtsrat der Bahn wird über Kostensteigerungen informiert.

Das Bündnis „Bahn für alle“ deckt Manipulationen beim Stresstest auf. Die Grün-SPD Landesregierung „prüft“ noch immer die Ergebnisse...

Januar 2012

Mitte Januar wird der Südflügel abgesperrt. Landesregierung, städtisches Ordnungsamt und Polizei bereiten die Parkzerstörung vor. Immer wieder kommt es zu Massenblockaden. Ende des Monats beginnen die Abrissarbeiten. Gleichzeitig stoppt die Polizei ihre Vorbereitungen für die Parkräumung.

15. Februar 2012

Der Mittlere Schlossgarten wird von Demonstranten geräumt. Unmittelbar danach beginnen die ersten Fällarbeiten - wie sich später herausstellt wenigstens ein Jahr zu früh, da der Bahn die erforderlichen Genehmigungen für den Baubeginn fehlen.

12. März 2012

Zehn Parkschützer besetzen das Dach des Südflügels und halten die Abrissarbeiten auf.

22. März.2012

Die Ingenieure 22 entdecken Unterlagen, die belegen, dass Stuttgart 21 einen Rückbau an Bahnkapazität bedeuten würde, was verfassungswidrig ist.

20. Juni 2012

Nach der Montagsdemo wird von hunderten das Gelände des sogenannten Grundwassermanagements besetzt. Dabei werden Rohre und Baumaschinen unbrauchbar gemacht.

Während der Aktion taucht in der Menge ein Mann mit Pistole auf. Aktivisten versuchen den Mann zu entwaffnen und ihn der Polizei zu übergeben, dabei stellt sich heraus, dass es sich um einen Zivilpolizisten handelt. Unbeteiligte und Zeugen des Vorfalls werden durch Polizei und Justiz verfolgt.

16.06. bis 07.07.2012

„Filder-Dialog“. In der Abschlussrunde entscheiden sich die Bürger für eine Anbindung der Gäubahn über Vaihingen an den Hauptbahnhof. Diese wird von den Projektpartnern verworfen - das Bürgerbeteiligungsverfahren wird zur Farce.

Juli 2012

In Abwesenheit von Zeugen wird die Wohnung von Dieter Reicherter, ehemaliger Richter, durchsucht und Computer beschlagnahmt. Angeblich wird nach einer undichten Stelle gesucht, da sich Reicherter u.a. gegen die Bespitzelung des Widerstands durch den sogenannten Verfassungsschutz gewendet hat.

24.07., 29.09. und 09.10.2012

Zugentgleisungen an Weiche 227. Bei der zweiten Entgleisung gibt es 3 Verletzte. Unfallweiche 227 gehört laut Bahnunterlagen zum Bereich „Umbau Gleisvorfeld im Rahmen Stuttgart 21!“. Die



Bahn bestreitet den Zusammenhang, gibt aber auch keine Erklärung ab. Weiche 227 wird nicht mehr benutzt.



Oktober 2013

OB-Wahl in Stuttgart. Fritz Kuhn, Grüne, gewinnt. Der Widerstand gegen S 21 erzielt mit dem Kandidaten Hannes Rockenbauch ein beachtliches Ergebnis von 10,4%.

10. Oktober 2012

Die Stuttgarter Zeitung berichtet von einem Brandschutzgutachten, das von der Bahn in Auftrag gegeben und unter Verschluss gehalten wurde. Darin stellen die Gutachter dem Tiefbahnhof ein vernichtendes Urteil aus und bezweifeln, dass ihm eine Betriebszulassung erteilt wird. Zudem stellen sie fest, dass die notwendigen Änderungen ein weiteres Planänderungsverfahren erfordern würden.

22. Oktober 2012

Einen Tag nach der Oberbürgermeisterwahl räumt die Bahn während einer Sitzung



des Lenkungskreises ein, dass Kostenrahmen und Zeitplan nicht eingehalten werden können. Sie rechtfertigt dies mit dem Filderdialog und dem angeblichen Bürgervotum, verschweigt aber, dass sie ohnehin hätte neu planen müssen, weil alle bis dahin eingereichten Pläne vom zuständigen Eisenbahnbundesamt abgelehnt wurden, und dass die am Filderdialog beteiligten Bürger für eine völlig andere Bauvariante votierten.

12. Dezember 2012

Der Bahnvorstand informiert Projektpartner und Öffentlichkeit über massive Kostensteigerungen in Höhe von ca. 2,3 Mrd. Euro. Die offiziellen Projektkosten belaufen sich damit auf 6,8 Mrd. €.

MP Kretschmann greift die Chance erneut nicht auf. Stattdessen betont er, dass er keine Ausstiegsdebatte beginnen will.

07. Januar 2013

Fritz Kuhn wird in das OB-Amt eingeführt. Tausende Bürger fordern Kuhn auf, klare Stellung gegen das Projekt S 21 zu

beziehen. Trotz einiger kritischen Worte gegen das Projekt bleibt Kuhn ziemlich unverbindlich.

10. Januar 2013

Nach der "Kostenexplosion" (Tatsächlich hat die Bahn bisher verschwiegene Kosten nun erst gestanden.) gerät der Bahnvorstand zunehmend unter Druck. Da er keine belastbaren Zahlen vorlegen kann, sagt er innerhalb weniger Tage eine Sitzung des Lenkungskreises, eine Sitzung des Aufsichtsrates und eine Sitzung des Verkehrsausschusses des Bundestags ab.



05. März 2013

Der Aufsichtsrat der Bahn AG entscheidet sich für die Fortsetzung des Projektes, trotz der bekannt gewordenen zusätzlichen Kosten und ohne die Finanzierung abgesichert zu haben.

Der Entscheidung sind massive Eingriffe aus der Politik auf höchster Ebene, Merkel-



Schäuble, vorausgegangen. Das wichtigste Argument für das Festhalten an dem Projekt sind die von der Bahn vorgelegten angeblichen Ausstiegskosten, die mit über 2 Mrd. € beziffert werden.

Die Ingenieure22 ermitteln dagegen die wirklichen Ausstiegskosten aus dem Projekt Stuttgart 21 mit ca. 363 Mio. Euro.

08. März 2013

MP Kretschmann besucht ausgerechnet wenige Tage nach der empörenden Entscheidung die Firma Herrenknecht und lässt sich vor der Tunnelbohrmaschine fotografieren.

14. März 2013

Unter massivem Einsatz von Parteispenden ist es dem Tunnelbohrmaschinenhersteller Martin Herrenknecht gelungen, dass der Fildertunnel mit einer seiner Bohrmaschinen hergestellt wird, statt wie ursprünglich geplant im offenen Verfahren. Problem: Es gibt keine Genehmigung für das erforderliche zweite Betonwerk.

15. März 2013

Durch ein vom "Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21" in Auftrag gegebenes Gutachten werden Fehler im Stresstest nachgewiesen.

15. bis 16. Juli 2013

Erörterung zum Thema Grundwasseranagement trotz fehlender fachlicher Stellungnahmen des Landesamts für Geologie und Bergbau sowie der Stadt Stuttgart. Unter Protesten auf der einen Seite und mit kaum zu widerlegenden Argumenten seitens der S 21-Gegner beginnt die Erörterung und endet am zweiten Tag mit einem Eklat für die Bahn und die S 21-Befürworter. Die Erörterung wird auf unbestimmte Zeit vertagt, weil der Sitzungsleiter, Mitglied der CDU, was er zu verheimlichen versucht, für befangen erklärt wird.

17. Juli 2013

Die Mahnwache gegen S 21 feiert Geburtstag. Über 80 Versammlungsleiter und über 300 Helfer besetzen seit drei

Jahren rund um die Uhr das Mahnwachzelt und versorgen Bürger und Bewegung mit Informationen und sonstigem Material aus dem Widerstand.

19. Juli 2013



Das Verwaltungsgericht Stuttgart weist mit dem zur Mischfinanzierung von Stuttgart 21 erlassenen Urteil die Klage auf Zulassung des Bürgerbegehrens ab. Zugleich wird die Berufung gegen das Urteil wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache zugelassen. Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 sieht darin eine "hervorragende Chance, die Verfassungswidrigkeit der Mischfinanzierung im Instanzenweg höchstrichterlich zu klären und damit den Ausstieg aus dem Projekt für Stadt und Land unabweisbar zu machen."



Sich nicht mehr alles gefallen zu lassen!

Interview mit Mitgliedern der Stadtteilinitiative „Vaihinger für den Kopfbahnhof“. Weitere Infos zur Arbeit der Vaihinger findet man unter: www.vk21.de

Inzwischen blickt Eure Stadtteilinitiative auf eine ganze Reihe von Aktionen zurück. Wie ist sie denn entstanden?

Conny: Wir haben uns beim Schwabenstreich in Vaihingen getroffen. Meine Idee, mal einen Infostand zu machen, stieß sofort auf ein positives Echo. Durch die ersten Infostände sind wir dann noch mehr geworden. Wir haben dort viele Kontakte zu Gleichgesinnten knüpfen können und unsere Adressen ausgetauscht. Dann entstand die Idee, „Sympathisanten-Flyer“ zu drucken. Jeder hatte die in der Tasche und hat sie verteilt.

Dazu kam eine Homepage. Durch unsere Rundmails mit Infos, Terminen und Anfragen zur Mithilfe, bleiben einerseits alle auf dem Laufenden und andererseits können wir in kürzester Zeit organisatorische Dinge lösen. So ist eine Stadtteilgruppe gewachsen, die im letzten Winter den 100. Infostand feiern konnte und in der alle je nach Zeit, Talent und Kraft mithelfen, wo es passt.

Habt Ihr neben den Infoständen noch anderes gemacht?

Conny: Wir verteilen regelmäßig den „Tunnelblick“, eine Zeitung gegen S 21. Wir haben u. a. eine Veranstaltung zum Thema „Ziviler Ungehorsam“ gemacht. Ich erwähne das, weil es für mich ein wichtiger Punkt ist, verschiedene Ansätze zu tolerieren. Da ist das Anketten am Bagger genauso

wichtig, wie die Unterschrift unter einer Petition, das Verteilen eines Flugblatts und das Gespräch mit dem Nachbarn oder das Malen eines Transparents. Das sollte man immer als Gesamtpaket betrachten, zu dem jeder seinen Beitrag bringt.

Martin: Und mit dem Millionenspiel von Jürgen haben wir versucht aufzuzeigen, was mit dem Geld gemacht werden könnte, das bei S 21 ausgegeben wird. Dabei ist eine Sammlung zahlreicher Alternativen entstanden: Schulsanierung, längere Schwimmbadöffnungszeiten, Verbesserungen im Nahverkehr, Gehweg- und Straßenschäden beheben, Radwege bauen, Kitas, Verbesserungen in der Altenpflege, Landschaftsbrücken, Bibliotheksausstattung usw.

Im Laufe Eurer Aktionen gegen S 21 sind also neue Themen hinzugekommen. Gibt es noch andere Auswirkungen von S 21 auf Euren Stadtteil?

QR code

Vom Stubenhocker zum Platzbesetzer

Jetzt! Dein Onlineabo zählt

Die Tageszeitung **jungewelt**

www.jungewelt.de/onlineabo

Conny: Eines unser lokalen Themen ist ein Regional-Express-Halt in Vaihingen, weil wir davon überzeugt sind, dass



die Einwohnerzahl und die Anzahl der Arbeitsplätze das unbedingt erfordert / und den Straßenverkehr entlasten würde /und mehr Pendler mit dem Zug kommen könnten.

Ein weiteres Thema ist die geplante Bebauung des aurelis-Geländes mit Büros, Hotel, Parkhaus und Einkaufszentrum, obwohl wir schon jetzt Büroleerstand, Hotels und ein Einkaufszentrum und rundum Ladensterben haben. Das bedeutet auch noch mehr Verkehr. Wir wollen Platz für die Bevölkerung und die arbeitenden Menschen. Vielleicht ein Biergarten, Grünfläche, eine Kita, eine Skatebahn. Wir haben bereits Unterschriften dafür gesammelt und im Rathaus übergeben, doch das hat den Gemeinderat nicht zum Umdenken gebracht / nicht davon abgehalten, dem Investor alles auf dem Silbertablett zu servieren/. Also haben wir einen spontanen Biergarten auf dem Gelände organisiert, um das Thema wieder ins Bewusstsein zu rücken.

Martin: Wir gehen aber auch zusammen zu Anti-AKW-Demos oder haben am Ostermarsch teilgenommen.

Am Stand wurden auch schon Unterschriften für das Wasserforum / gegen die Wasserversivatisierung und / oder gegen Genkartoffeln gesammelt.

Als Eure Initiative gegründet wurde, waren zehntausende auf der Straße und S 21 auch bundesweit ein Thema. Inzwischen hat sich in der Bewegung neben Enttäuschung über die Grünen auch etwas Resignation breit gemacht. Mit welchen Hoffnungen und Zielen schafft Ihr es weiter zu machen?

Yve: Am Anfang waren alle Aktionen und Veranstaltungen neu, spannend und aufregend. Man wollte überall dabei sein und nirgendwo fehlen. Inzwischen sind drei Jahre zusammengekommen und so intensiv kann man nicht über Jahre hinweg weitermachen. S 21 als Vollzeit-Freizeitbeschäftigung geht

einfach nicht auf Dauer, zumindest nicht wenn einem noch anderes wichtig ist. Wer auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen ist, will ihn verbessern und wird sich diesbezüglich noch etliche Kämpfe mit der Deutschen Bahn AG liefern müssen. Das Ziel ist natürlich, das Projekt-Aus zu erreichen und die Politiker und die Wirtschaftsbesse in ihre Schranken zu weisen. Städte dürfen nicht weiterhin so zerstört werden und den Bürgern das Eigentum weggenommen werden. Das Allgemeinwohl muss wieder an vorderster Front stehen.



Gabi: Es ist schwierig geworden, konkrete Anlässe zu finden, die stark genug sind, die träge Masse der Gleichgültigen wieder aufzuwecken. Wir sind aber sehr geduldig: es wird beim Bau - wenn erstmal ernsthaft angefangen wird - vermutlich viel geschehen, das

die Aktivität wieder ankurbelt. Wir haben gelernt, dass unsere Bewegung sehr viel Geduld braucht. Und es wurde viel erreicht, wenn auch nicht mit dem erhoffen Ergebnis. Ohne unsere Bewegung hätten wir keine grüne Landesregierung und keinen grünen OB. Auch wenn uns die Grünen enorm enttäuscht haben und vieles aus der Richtung uns völlig unverständlich ist

Wir MÜSSEN weitermachen - mit vielen kleinen Nadelstichen. Abgesehen von der reinen Bahnhofsgeschichte: es haben sich (ich behaupte, AUCH durch unsere Bewegung) überall verstärkt Bürgerinitiativen gefunden, alle mit der Intention, sich nicht mehr alles von "Oben" gefallen zu lassen, mitzureden, selbst zu gestalten. Schon dafür kommt es nicht infrage, zu resignieren!

Conny: Ich bin mir schon sehr bewusst, mit wem wir uns da angelegt haben. Nämlich mit der ganzen herrschenden Klasse. Und dass die Polizei, Justiz, Medien und Politik in sehr weiten Teilen auf ihrer Seite wissen. Meine Hoffnung ist, dass noch mehr Menschen aufwachen, ihre Interessen erkennen und selbst dafür aufstehen. Dazu möchte ich allen Menschen Mut machen.

Bei den OB-Wahlen 2012 gab es die Idee seitens der SÖS die Stadtteilinitiativen zu stärken und den Wahlkampf zu nut-

zen, um näher zusammen zu rücken und sich in den gemeinsamen Themenfeldern gegenseitig zu unterstützen. Im Frühjahr haben die Stadtteilinis gegen S 21 ja auch dem neuen OB Kuhn einen Forderungskatalog vorgelegt. Was plant Ihr für die Kommunalwahlen im kommenden Jahr und welche Hoffnungen und Erwartungen sind damit verbunden?

Conny: Ich glaube nicht, dass die Kommunalwahl eine Möglichkeit bietet, etwas wirklich Grundlegendes zu ändern. Aber eine starke und ehrliche Opposition in den Parlamenten ist hilfreich.

Wenn Menschen im Gemeinderat sitzen, die Interessenvertretung ernst nehmen und an unserer Seite stehen und dort auch allen Anfechtungen

Beispiel sind solche Menschen, die dank ihrer inneren Haltung aufrecht bleiben.

Yve: In einer verbohrtten Stadt wie Stuttgart, die total altbacken ist und in der Fakten und Daten nicht zählen, sondern nur wichtig ist, wie viel Geld in die Taschen bestimmter Herren gewirtschaftet wird, wird es schwierig werden, etwas zu ändern. Allerdings hat die K 21-Bewegung so wunderbare Menschen hervorgebracht, dass es möglich wäre diejenigen in den Gemeinderat zu wählen, die sich wirklich um ihre Stadt Sorgen machen und etwas verbessern wollen. Sie müssen keiner Partei, Liste, Bündnis etc. angehören, sondern können direkt gewählt werden, indem die Namen auf den Stimmzettel geschrieben werden.



zum Trotz stehen bleiben, können wir Hand in Hand auf der Straße und im Parlament zusammenarbeiten. Tom Adler oder Hannes Rockenbauch (Fraktion SÖS / Linke) zum

Gabi: Dass sich durch die Kommunalwahl Wesentliches ändern wird, glaube ich nicht. Zu hoffen ist, dass die SÖS - die einzige wirkliche Opposition im Gemeinderat, gestärkt

wird, d.h. durch die Wahl personell vergrößert werden könnte.

Die Menschen protestieren, entwickeln alternative Ideen und Vorschläge. Es wurden schon viele Skandale bei der Planung, der Genehmigung, der Finanzierung aufgedeckt - trotzdem macht die Bahn mit ihrem Zerstörungswahn weiter, als ob nichts wäre. Kann man das Projekt überhaupt noch stoppen?

Yve: Ich hoffe nicht, dass es erst Hangabratsche, angeho-bene Häuser durch Anhydrit oder gar Tote geben muss, damit die Verantwortlichen endlich einsehen, dass das Projekt doch nicht das bestge-plante ist.
Das Ziel halte ich nach wie vor für realistisch. Aber es ist schwer vorherzusagen, an welchem Punkt das Projekt zu

Ende sein wird. Die Verant-wortlichen wohnen alle nicht in Stuttgart und sind von all den Risiken nicht betroffen.

Ich bin, wie wahrscheinlich viele von uns, ziemlich ratlos und frustriert und manchmal der Sache müde. Aber lasst



Gabi: Schwierig. Die einzige Hoffnung besteht wohl darin, dass sich das Projekt durch unüberwindbare Schwierigkeiten beim Bau von selbst erledigt. Das Ziel Projektstopp müssen wir immer im Auge behalten, auch wenn es zur Zeit unrealistisch aussieht.

uns weitermachen, wenn's sein muss auf Sparflamme. Immer noch: OBEN BLEIBEN!

Conny: Wenn das Motto „Bei Abriss Aufstand“ in die Tat umgesetzt würde, dann auf jeden Fall. Aber danach sieht es nicht aus. Bleibt die leise Hoffnung, dass auf Seiten der Projektbetreiber Interessenkonflikte zu Tage treten und es aus welchen Gründen auch immer opportun erscheint, das Projekt abzublasen. Dabei liegt auf der Waagschale für den Abbruch auf jeden Fall eine große Portion von unserem vielfältigen Protest. Das wird uns aber keiner sagen. Sonst würde unser Selbstbewusstsein und unser Vertrauen in die eigene Stärke noch weiter wachsen. Das wäre auch in vielen anderen Bereichen ganz unbequem für die herrschenden Kreise.

Aber wenn noch mehr solche "Kleinigkeiten" passieren wie der Abbruch dieser Einspruchsverhandlung im Apollo-Theater, sind das die kleinen Nadelstiche. In diesem Fall schmerzhaft für die Bahn, weil das Durchpeitschen ohne die fehlenden Gutachten diesmal leider nicht geklappt hat.



Stadtpolitik in Stuttgart

Die Kommunen sind neben dem Betrieb der Ort, an dem die Widersprüche und Probleme des Kapitalismus am deutlichsten sichtbar werden. Die Bewegungsgesetze der herrschenden Gesellschaftsordnung setzen auch die Eckpunkte und den Rahmen für die kommunale Entwicklung. Auch in den Kommunen spielt der Gegensatz von Kapital und Arbeit eine Rolle. Umgekehrt bedeutet das auch, dass die Struktur der Gesamtgesellschaft nicht allein von der Kommune verändert werden kann. Stuttgart, eine der 11197 „Krähwinkels“ in Deutschland hat die Aufgabe, Konflikte von den übergeordneten Ebenen staatlicher Machtausübung fernzuhalten und solche Sozialfunktionen, die sich besser dezentral erledigen lassen, zu erledigen. Kommunale Parlamente sind zum Dampfablassen da, sind Spielwiesen zur Einübung parlamentarischer Umgangsformen, auf die genaugenommen verzichtet werden kann, weil die Mühlen der Verwaltungsbürokratie auch ohne Gemeinderat mahlen. Es ist unbestritten, dass es eine Entwicklung in der skizzierten Richtung gibt. Es gibt aber dennoch Spielräume für eigenständiges kommunales Handeln. Kommunisten verteidigen diesen Spielraum und versuchen ihn, wo immer möglich, auszuweiten.

Arbeitsplätze – Hauptelemente der Stadtentwicklung

Betriebliche und gesellschaftliche Arbeitsteilung bedingen die Entwicklung öffentlicher Infrastruktureinrichtungen von Handel und Verkehr. Diese Einrichtungen haben in unterschiedlichem Maße örtliche, regionale und überregionale Bedeutung und hängen von nationalen und internationalen Entwicklungen ab. Ein Beispiel sind neben Stuttgart 21 für eine solche Verflechtung der Energiesektor (Strom, Gas, Wärme), die Wasserversorgung und die Abwasseranlagen in Stuttgart.

Im Jahr 2002 verkauft die Stadt Stuttgart mit einhelliger Zustimmung der bürgerlichen Gemeinderatsfraktionen (CDU, SPD, Grüne, FDP, Freie Wähler) den NWS Aktienbesitz, nachdem vorher die Technischen Werke der Stadt Stuttgart erst 1997 mit der NWS AG fusioniert worden waren. Begründet wurde dieser Verkauf mit der „Beibehaltung der Selbständigkeit“ der EnBW. Erwähnenswert ist, dass die Koalition von CDU mit FDP/DVP unter Ministerpräsident Teufel bereits

Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

Wir Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an allen Klassen
Der treuen Bürgerschaft erlassen.

Ausländer, Fremde, sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder
Gottlob! sind selten Landeskinder.

Auch Gottesleugner sind es meist,
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig
werden
Von seinen irdischen Behörden.

Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud und Christ.
Es schließe jeder seine Bude.
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

Wo ihrer drei beisammen stehn,
Da soll man auseinander gehn.
Des Nachts soll niemand auf den
Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.

Es liefere seine Waffen aus
Ein jeder in dem Gildenhaus;
Auch Munition von jeder Sorte
Wir deponiert am selben Orte.

Wer auf der Straße räsoniert,
Wird unverzüglich fusiliert;
Das Räsonieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart Bestrafet
werden.

Vertrauet eurem Magistrat.
Der fromm und liebend schützt den
Staat,
Durch huldreich hochwohlweises
Walten,
Euch ziemt es, stets das Maul zu
halten.

(Heinrich Heine, 1853)

Anfang 2002 das baden-württembergische Aktienpaket von 25,1 % an der EnBW an den französischen Konzern EdF für nur 1,35 Mrd € verkauft wurde. Erwin Teufel rechtfertigte den niedrigen Verkaufspreis in einer Regierungserklärung damit, dass durch den Verkauf die EnBW in die Lage versetzt wird, im

Bei 112 Mio rückgekaufter Stammaktien der EnBW ist zwischenzeitlich ein Kursverlust durch die „Operation Olympia“ durch Mappus und CDU- und FDP-Vasallen von 1,5 Mrd € entstanden. In 2012 brauchte die EnBW eine Kapitalerhöhung von 800 Mio €, damit die EnBW aus den roten Zahlen kommen konnte.

sie dem Profit dienen. Das kapitalistische System ist unfähig, die Biosphäre zu erhalten und zu pflegen. Der Widerspruch besteht darin, dass die menschliche Gesellschaft intakte Ressourcen und Umweltbedingungen für ihre Fortexistenz braucht. Für die Fortexistenz des Kapitals ist aber nur der Profit und damit die maximale Ausbeutung entscheidend. An den Baustellen für S 21 lässt sich dies exemplarisch in Augenschein nehmen:

- ★ Zerstörung einer funktionierenden Bahnstruktur zugunsten des Autos,
- ★ Umwandlung des Schlossgartens in einen Rohracker,
- ★ Bebauung der freigemachten Bahnflächen mit Betonklötzen für ein Einkaufszentrum, Parkhäuser, Büros und Hotels,
- ★ massive Verschlechterung des Stadtklimas durch Verriegelung der Frischluftschneisen durch Bebauung des Gleisvorfeldes,
- ★ Zerstörung der Mineralwasserquellen,
- ★ Vernichtung der Lebensbedingungen für Kleinlebewesen im Gleisbett.



europäischen Wettbewerb erfolgreich mitzuspielen. Gut passt hierzu, dass der selbsternannte Duodezfürst Mappus die EdF-Anteile an der EnBW Ende 2010 für 4,7 Mrd € zurückkaufte. Zurückgekauft wurde das Aktienpaket zu einem Kurs von 41,50 €/Aktie. Zwischenzeitlich bewegt sich der Kurs unter 28,-- €/Aktie.

Widersprüche in der Stadtentwicklung

Das Streben der Kapitale nach maximalem Profit und die Konkurrenz der Kapitale untereinander führen zwangsläufig zu einer Form der Inbesitznahme und Nutzung städtischer Ressourcen, bei der diese nur so weit zählen, wie

Bodenpreise und Mietenexplosion

Nicht erst seit dem Abriss der Bahnhofsfügel, der Zerstörung des Stadtparks und der Verlegung der Rohrgeflechte um den Bahnhof, im Kerner Viertel und im Rosensteinpark ist klar, wer in Stuttgart das

Sagen hat. Der planlose Verdrängungswettbewerb, bei der das Geschäftshaus über das Wohnhaus triumphiert, bei der Stadtautobahnen und Parkhäuser die Wohnquartiere strangulieren ist ein Ausdruck ungleicher Marktmacht.

Jeder Zentralisationsprozess des Kapitals - ein größeres Unternehmen schluckt ein kleineres - führt dazu, dass immer mehr Arbeitsplätze verloren gehen. Die Automatisierung der Bürotätigkeit ist ein weiterer verstärkender Faktor. Der Arbeitsplatzabbau bedeutet aber nicht, dass die Flächennachfrage für Bürobauteile zurückgeht. Oberflächlich betrachtet, sind es alle Grundstückseigentümer, die vom Anstieg der Bodenpreise profitieren. Anders als die Masse der kleinen Grundstückseigentümer, deren Grundstück mit den darauf befindlichen Anlagen dem eigenen Erwerb oder dem eigenen Wohnen dienen, agiert das Großkapital in Gebieten, in denen standortbedingte Extraprofite realisierbar sind. Der Umnutzungsdruck der seit 150 Jahren genutzten Gleisflächen um den Stuttgarter Bahnhof durch die Spekulanten ist hierfür exemplarisch. Es ist jedoch die kommunale Politik, die die Realisierung von Bodenspekulation erst möglich macht. Auch bei heutigem Bodenrecht dürften kommunale oder staatliche Grundstücke für private Zwecke nicht verkauft, sondern

nur zur entgeltlichen Nutzung überlassen werden. Spekulation, Willkür und Ausplünderung mit dem Gut Wohnen müssen ausgeschlossen sein.

Haushaltsplan und Gemeindefinanzen

Der Gemeindehaushalt legt den politischen Kurs der Gemeinde fest. Er wirkt als "Generalermächtigung" für die Verwaltung. Nach außen hat der Haushaltsplan keine Rechtsverbindlichkeit. Keine KITA, kein Kindergarten, keine Schule, kein Verein hat einen

überschreiten oder Ausgaben zu tätigen, wofür überhaupt kein Ansatz gebildet wurde.

"Die Mittel- und Oberklassen pflegen nicht zu stehlen, weil sie nicht zu stehlen brauchen, sie brauchen auch nicht mit vorgehaltenem Revolver zu plündern. Sie haben ihre eigenen Safes. Diebstahl und Raub ist strafbar, spezifische Methoden von big business sind aber überhaupt keiner Regelung unterworfen." (Fritz Bauer, Die Kriminalität der "Weißen Krägen")

Die größten Reserven der Einnahmen von Bund, Land und



Anspruch auf die Zahlung des im Haushalts festgelegten Zuschussbetrages. Es ist nicht nur wichtig bei der Haushaltsaufstellung für all das Finanzmittel zu beantragen, was als politisches Programm im Haushaltsjahr durchgesetzt werden soll. Es muss darauf geachtet werden, dass die Verwaltung die vorgesehenen Beträge auch ausgibt. Es gibt Möglichkeiten, die Ansätze zu

Kommune liegen in einem konsequenten Ausschöpfen des Steuerrechts. Neben dem Verzicht auf unnütze Projekte, wie Stuttgart 21 oder alle Waffen- und Rüstungsprojekte muss das Geld für die Kommunen von den Konzernen und den Reichen kommen. Weder eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, wie er bis zur Regierung Schröder/ Fischer galt, noch die Wieder-

einführung der Vermögenssteuer wird zur Folge haben, dass die Großverdiener am Hungertuch nagen werden.

„Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich...“

(Solidaritätslied, Bert Brecht, 1931) soll uns darin erinnern, dass die Mehrzahl der in Stuttgart lebenden Menschen ohne deutschen Pass besonders benachteiligt ist. Auslän-

dische Kinder müssen alle in Deutschland übliche Bildungsabschlüsse in gleichem Maß erreichen, wie die einheimischen. Die Liste von Benachteiligungen ließe sich über unzureichende Schulbetreuung, fehlende Erwachsenenbildung und schlechte Wohnsituation fortsetzen.

Obwohl unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen die gleichen Steuern und Abgaben wie wir bezahlen, bekommen sie weniger an öffentlicher

Infrastruktur als die Einheimischen. Grundlegende Verbesserungen ließen sich leichter durchsetzen, wenn alle hier lebenden Ausländer zumindest auf Kommunalebene wahlberechtigt wären.

**Leben,
einzeln und frei, wie ein Baum,
und brüderlich wie ein Wald,
das ist unsere Sehnsucht.**

Nazim Hikmet
aus Einladung / Davet, Türkei, 1945

Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur

Interview mit Hannes Rockenbach, Gemeinderat für Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

Du bist bundesweit der bekannteste Vertreter des Widerstandes gegen S 21. Erst im Mai warst Du als Vertreter der Stuttgarter Bewegung zum evangelischen Kirchentag eingeladen. Nach der „Volksabstimmung“ hast Du Dich aus dem Aktionsbündnis zurückgezogen – Resignation?

Hannes: In der Tat war nach der Volksabstimmung eine ganz schwierige Phase für die Demokratiebewegung gegen Stuttgart 21. Meine Prioritäten verschoben sich einfach ein Stück weit. Ich wollte

diese Zeit, nachdem meine Tochter auf die Welt gekommen war, einfach miterleben und deswegen habe ich nach der Volksabstimmung solange beim Aktionsbündnis weitergemacht, bis ich das Gefühl hatte, dass mit dem neuen Sprecherteam, der Widerstand von Seiten des Aktionsbündnisses auf jeden Fall weitergeht. Natürlich habe ich dadurch ein bisschen Gestaltungsmöglichkeiten aufgege-

ben. Dafür hat es mir einfach richtig gut getan.

Doch dann kam mit der OB-Wahl ziemlich schnell das nächste Projekt, es gab gar keine lange Phase des Privatlebens.

Da sind wir schon bei der zweiten Frage: Das Personenbündnis SÖS für das Du im Gemeinderat bist, der OB-Wahlkampf und jetzt die Diskussion bei SÖS und mit den Stadtteilinitiativen sind Schritte, die Menschen in Stuttgart dafür zu mobilisieren sich selber für ihre Interessen einzusetzen?

Hannes: Für mich hängen diese zwei Punkte zusammen. Ich glaube in der



Phase, in der der Widerstand gegen Stuttgart 21 gerade ist, gilt es auch darüber nachzudenken, was sind die gesellschaftlichen Zusammenhänge hinter dem Projekt. Wenn wir das machen, erkennen wir, dass diese und die Machtverhältnisse bei Stuttgart 21 und an ganz vielen Stellen in der Stadt wirken und dass es uns nur stärken kann, wenn wir dieses Prinzip klar herausarbeiten und sowohl hier als auch an anderen Stellen kritisieren. Wir müssen gemeinsam überlegen, wie diese große Triebkraft, die hinter diesem Prinzip steht, angegangen werden kann.

Der OB-Wahlkampf war für mich die erste Gelegenheit, das politische Interesse, das durch den Bahnhof so toll gewachsen ist jetzt auch auf die Gesamtstadt zu übertragen, herauszuarbeiten was schief läuft. Das hat mir noch einmal klargemacht, dass eigentlich

die Kommunalpolitik ein tolles Feld ist um Menschen für Politik zu begeistern und sie für Aktivitäten zu gewinnen. Mit diesem Konzept wollen wir als SÖS jetzt weitermachen auch bei der Kommunalwahl. Ausgehend von den Stadtteilen, also von den Orten, wo die Menschen wohnen und leben und sich auskennen, eine Politik zu entwickeln, die im Endeffekt grundsätzlich anders ist.

Kann man sagen, dass sich die Bewegung für den Kopfbahnhof / gegen S 21 zu einer Bewegung für „unsere Stadt“ veränderte? Wenn ja, was war der Punkt dafür?

Hannes: Ich glaube nicht, dass es ein einzelner Punkt war, sondern es war eine lange Entwicklung. Am Anfang war es sehr schwierig, weil viele Leute alle Themen, die sich



sozusagen mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen beschäftigt haben und vom Bahnhof weggingen, als Ablenkung empfunden haben oder als Gefahr der Spaltung. Ich glaube, es ist auch richtig, dass man so was nur behutsam machen kann. Man kann nicht, wenn sich die Leute gerade anhand des Bahnhofs politisiert haben, gleich mit der Systemkritik kommen, das

schreckt ab. Aber inzwischen gab es eine lange, lange Entwicklung und die letzte Großdemonstration mit dem Prinzip 21 zeigte, dass das jetzt ganz natürlich aus der Bewegung heraus kommt. Dass die Leute sich natürlich fragen, warum zählen unsere Argumente nicht, da muss doch mehr dahinter stecken, da stecken Machtverhältnisse dahinter, die dann natürlich

auch an anderer Stelle wirken, nicht nur am Bahnhof. Ich habe das Gefühl, dass es kein einzelner entscheidender Punkt war, sondern eine Entwicklung bei den Menschen, die jetzt immer noch politisch aktiv sind, die ganz natürlich entstanden ist durch ihre politische Erfahrung, die sie in den letzten drei Jahren gemacht haben. Und das ist gut für die Stadt.

S 21 wurde klar als ein Projekt der Banken, der großen Automobil- und

Immobilienkonzerne entlarvt. Doch es ist in Stuttgart (und anderswo) ja nicht nur S 21. Da gab es die Messe auf den Fildern, das Gerber-Viertel, die Begehrlichkeiten von Breuninger etc. Bis auf das Hotel Silber, das von einer breiten Bewegung erhalten werden konnte, wurde und wird bisher alles realisiert, trotz teilweise starker Protestbewegungen. Wo liegt der Fehler im System,

dass die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung so wenig gelten, im Gegensatz zu den Kapitalinteressen von wenigen. Was gilt es zu ändern?

Hannes: Also wenn ich da schon fertige Rezepte hätte, wäre das irgendwie komisch. Ich kann nur feststellen, dass dort, wo sich ökonomische Macht und Kapital in einer gewissen Art und Weise akkumuliert hat, es dann unter keiner demokratischen Kontrolle mehr steht, weil z.B. der Daimler in Stuttgart einfach sagt, Leute wenn ihr die Gewerbesteuern erhöht, dann können wir auch umziehen. Beim Finanzkapital wird es noch schwieriger. Da wird dann der Bankenplatz Stuttgart einfach durch einen Mausclick sozusagen geschwächt, weil die Bankengeschäfte dann woanders stattfinden. Das ist eine geballte Power, die die Politik erpress-

bar macht, immer mit dem Argument, dass sie ja diejenigen sind, die Arbeit schaffen und was Arbeit schafft, sei sozial, also sie seien die Garanten für die Stabilität und das Soziale in Stuttgart. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite hat die Politik nichts ernsthaft unternommen, sich selber handlungsfähig zu machen gegen diese starken Kräfte, von denen ja auch so viele Existenzen abhängen. Sie haben keine Alternativen organisiert. Beispielsweise hat man die Stadtentwicklung eben den finanzkräftigen Investoren überlassen, die gerne kommen, die Stadt als Geldanlage betrachten und sie dann so gestalten, wie sie maximales Geld verdienen können. Es wurde nicht überlegt, wie muss man als Stadt selber oder gemeinsam mit den Bürgern aktiv werden, um die Stadt langfristig so zu entwickeln, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern nutzt. Und

weil man keine Konzepte, keine Alternativen hat, ist es natürlich schwierig, wenn ein Investor kommt, dann zu sagen nein, wir machen etwas anderes. Es wird behauptet, wenn der Investor verschreckt wird, dann würde nichts mehr vorwärts gehen in Stuttgart. Der mangelnde Wille, Alternativen zu entwickeln und umzusetzen, führt dann zwangsläufig dazu, dass es fast alternativlos erscheint, bestimmte Projekte nur von großen Investoren machen zu lassen. Da entmachtet sich die Politik durch Konzept- und Alternativlosigkeit selber.

Drittens kommt dazu, dass die Politik aktiv Handlungsspielräume in den Hochphasen des neoliberalen Privatisierungswahns ... sozusagen verkauft hat, verschenkt hat, wie es zum Teil beim Wasser passierte. Um hier wieder gestalten zu können, müssen wir uns heute richtig anstrengen. Damals waren es freiwillige Ent-



scheidungen des Gemeinderats. Heute ist es richtig schwierig. Da hat sich die Kommunalpolitik Anfang 2000 selber entmachtet. Inzwischen ist die neoliberale Politik in der EU und auch auf Bundesebene in Gesetze gegossen, die dazu führen, dass es schwer ist, die Gestaltungshoheit über kommunale Unternehmungen der Daseinsvorsorge wieder zurück zu bekommen, um sie nicht rein betriebswirtschaftlich zu organisieren.

Ich sehe es als ein großes Problem, die eigene Daseinsvorsorge der Bevölkerung nur rein betriebswirtschaftlich zu betrachten. Das hat in Stuttgart jetzt jahrelang stattgefunden z.B. auch beim Klinikum. Da hat man gesagt, die müssen eine schwarze Null machen, sonst muss man überlegen, ob wir uns das weiter leisten können. Oder die Abfallentsorgung, es gibt Beschlüsse, wenn die keine schwarze Null macht, dann wird sie privatisiert. Damit opfert man im Endeffekt Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber der rein ökonomisch betriebswirtschaftlichen Art und Weise. Der gesamtgesellschaftliche Auftrag, die eine öffentliche Daseinsvorsorge immer hat, tritt in den Hintergrund. Diesen Dreiklang gilt es einzuschränken: die ökonomische Macht, die immer stärker wird und jetzt einfach erpresen kann, zweitens man keine Konzepte mit alternativen

Vorstellungen mehr entwickelt und die Bevölkerung - also die Mehrheit ganz außen vor bleibt und drittens, dass man selber bestimmte neoliberale Ideen übernommen hat und so die Kommune zu einem Unternehmen gemacht hat. Ein Beispiel für diese mut- und ideenlose Politik ist es, dass inzwischen nicht einmal mehr darüber nachgedacht wird, wie Unternehmer einen größeren Beitrag leisten könnten, wie man zu gewissen Umverteilungsprozessen kommt. Das



zurückzudrehen, wird richtig schwer, es ist kein einzelner Fehler im System, es gilt grundsätzlich zu versuchen, eine emanzipatorische Entwicklung mit den Bürgern dagegen zu setzen.

Die Protestbewegung gegen S 21 hat vieles geschafft, der erste grüne Ministerpräsident in einem Bundesland und jetzt auch noch in Stuttgart ein grüner OB. Die Realität sieht aber so aus, dass die Politik von vorher fast nahtlos fortge-

führt wird - das Personal hat gewechselt, die Politik jedoch nicht wirklich. Im OB-Wahlkampf hattest Du Kuhn ja viele Möglichkeiten aufgezeigt, was ein direkt gewählter OB alles machen könnte. Kann man mit Wahlen etwas verändern? Wurden Deine Erwartungen enttäuscht?

Hannes: Ja, das schließt sich im Endeffekt nahtlos an. Das von mir beschriebene Arrangieren der Politik mit den Interessengeflechten des Kapitals

gilt natürlich für alle, die ihre Politik rein auf das Repräsentative und die Logik auf die Wahlen ausrichten. Man wird ja selbst dann gewählt, wenn man die Daseinsvorsorge privatisiert und somit auch Gestaltungsspielräume des Gemeinderats vernichtet. Die haben sich so eingerichtet, dass alles maximal auf punktuelle Veränderungen beschränkt bleibt. Z.B. hat sich unser Ministerpräsident schnell eingerichtet in seinen engen Spielräumen, er verwal-

tet anstatt zu gestalten. Die Volksabstimmung hat ihm in Punkto Stuttgart 21 die Möglichkeit gegeben, das auch noch hinter einem demokratischen Deckmantel zu verstecken. Somit hat er die Inhalte, die die Grünen stark gemacht haben in Baden-Württemberg und auch hier in Stuttgart, im Endeffekt verraten. Für den Oberbürgermeister ist es eine ähnliche Situation. Er hat auch keine wirkliche Lust, sich zu

positionieren oder gegen Stuttgart 21 zu opponieren. Ich glaube, da gäbe es als Oberbürgermeister sogar die Pflicht, einiges zu tun – ich sage jetzt nur Brandschutz oder die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Finanzierung ... das wäre genug Grundlage, das Projekt insgesamt in Frage zu stellen. Gar nicht zu reden, dass es weder einen verkehrstechnischen noch städtebaulichen Nutzen bringt, dass es im Gegenteil ein Kapazitätsrückbau ist. Da müsste ein Oberbürgermeister alle Maßnahmen ergreifen, damit hier keine Steuergelder veruntreut werden. Bei Mineralwasser und

Brandschutz geht es um die Menschen und um Menschenleben, hier wäre er ja unmittelbar verpflichtet einzugreifen, wenn die Bahn AG, wie man sieht, nicht die entsprechende Sorgfalt und Sicherheit bereit ist zu gewährleisten. Doch das passiert nicht, man hat sich arrangiert, und auch ein direkt gewählter Oberbürgermeister in Stuttgart verweist auf die noch existierenden Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat, die ihm angeblich nicht erlauben würden, aktiv zu werden und seiner Pflicht als Oberbürgermeister nachzukommen.

Du hast des Öfteren die Notwendigkeit von grundlegenden gesellschaftlichen Verän-

derungen betont. Wie könnte eine Gesellschaft aussehen, die Du Dir als junger Vater für Deine Tochter wünschst?

Hannes: Zum Teil habe ich dazu schon vorher etwas gesagt. Ich habe da kein fertiges Rezept, sondern ich möchte eine Gesellschaft zusammen mit den Menschen entwickeln. Grundlage für mich ist eine Lebensweise, die im Einklang mit Mensch und Natur steht, die die natürlichen Lebensgrundlagen der künftigen Generationen bewahrt und die nicht die Profitinteressen weniger bedient, sondern allen Menschen nützt ohne Ausbeutung von Mensch und Natur.

Zum Schluß noch eine Prognose: Kann S 21 noch rechtzeitig gestoppt werden?

Hannes: S 21 kann gestoppt werden durch eine Kombination innerer Widersprüche und die Bewegung der Menschen mit all ihrem Mut, ihren Hoffnungen. Menschen, die Verantwortung für ihre Zukunft und die Zukunft der Stadt übernehmen, nicht aus Trotz und Verbitterung, nicht als Ritual. Aus jeder Niederlage haben wir bisher gelernt, wurden reifer. Wir brauchen Phasen der Ruhe, um Kraft zu schöpfen, um uns neu aufzustellen, um neu zu bewerten. Wir brauchen den langen Atem mit neuen Idee. Gelingt uns das, dann kann S 21 jederzeit noch gestoppt werden.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 4 Wochen kostenlos. Das Probeabo endet automatisch.

Name _____

Vorname _____

Straße / Haus Nr. _____

PLZ / Ort _____

Staat _____

E-Mail Adresse _____

Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.

Bestellung: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18
 45127 Essen • Fax: 0201 24 86 484 • vertrieb@unsere-zeit.de

Trotz explodierender Kosten, trotz leerer Kassen und Schuldenbremse, trotz drohender Zerstörung der Mineralwasserquellen, trotz Gipskeuper im Untergrund, trotz Rutschgefahr am Ameisenberg, trotz ungenügendem Brandschutz, trotz hoher Gleisneigung im Bahnhof und Gefahren für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen, trotz Rückbau der Bahnhofskapazität, trotz Konfusion auf den Fildern, fehlender Baugenehmigungen, trotz ... Vielleicht sind irgendwann alle Genehmigungen erteilt, alle Nachbesserungen erledigt, irgendwann im Jahr 2034 oder so?

Stell Dir vor,

die Aktivitäten gegen das Wahnsinnsprojekt lassen trotzdem nicht nach über die ganze Zeit, ja können sogar noch gesteigert werden. Und trotzdem: Die Bagger fressen sich unaufhörlich durch die Stadt, die Tunnelbohrmaschinen verrichten ihr unheilvolles Werk, die LKW-Lawinen verpesten die Luft mit Feinstaub ... Die Gerichte erklären weiterhin alles für rechtens. Dieter Zetsche wird neuer Bahnchef und startet mit Frau Tülay Schmid eine erfolgreiche Charme-Offensive. BILD berichtet exklusiv. Einzelne Risse an Gebäuden im Kernerviertel werden repariert. OB Kuhn begleitet alles kritisch.

Stell Dir vor, Stuttgart 21 wird gebaut !

Anstelle des Gleisgewurstchels entstehen „moderne“ Paläste für die Reichen.

Die Stadt Stuttgart schließt öffentliche Einrichtungen und kürzt weiter Sozialleistungen.

Stell Dir vor,

alles geht gut! Was uns sehr unwahrscheinlich vorkommt – bei den vielen Risiken!

Trotzdem: Alles geht immer so weiter bis 2034 oder länger.

Daimler steigert weiter seine Gewinne (dank Lohndumping und Werkverträgen).

Dein Job bleibt erhalten, Dein Lohn wird zwar immer geringer, aber Du bist froh, dass es Dir besser geht als dem Leiharbeiter nebenan.

Schade nur, dass Deine Kinder sich von einem Praktikum zum nächsten hangeln müssen.

Die Polizei schützt weiter Nazi-Aufmärsche und verprügelt Antifaschisten.

Der Euro wird noch mal gerettet, auch wenn um uns herum,

weit weg an der Peripherie Europas, die Menschen hungern und frieren. Die Touristen-Ghettos in südeuropäischen Ländern werden polizeilich geschützt.

Kriege gibt's immer häufiger, auch mit deutscher Beteiligung.

Deutsche Waffen, deutsches Geld ...

Es herrscht Bombenstimmung!

Die neue CDU-SPD-geführte Bundesregierung hat alles im Griff.

Die Gewerkschaften halten still.

Alles bleibt ruhig, hierzulande. Wie lange noch?

Ein böser Traum!

Und ein verdammt langer Atem wäre nötig, wenn wir so ewig durchhalten müssten!

Aber natürlich werden wir durchhalten!

Und wir werden lernen, Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat ...



Stell Dir mal andersrum vor,

bei Daimler würden nur noch wenige Autos, sondern v.a. umweltfreundliche Nahverkehrssysteme produziert. Und das in Stuttgart!

Stell Dir vor, eine Volksabstimmung hätte ergeben, dass der Individualverkehr weitgehend abgeschafft und durch ein für alle kostenloses Nahverkehrssystem aus S-Bahn, Straßenbahn und Bussen abgelöst werden soll. Die Stadt soll außerdem von einem großzügigen Fahrradwegenetz durchzogen werden.

Bei Daimler würde nicht mehr nach dem Profitprinzip produziert, sondern nach gesellschaftlicher Notwendigkeit. Das wäre natürlich nicht so einfach zu erreichen. Das hieße, die Macht- und die Systemfrage zu stellen. Und das hieße für Stuttgart 21, Daimler hätte kein Interesse mehr an diesem Murks. Wahrscheinlich hätten wir dann auch insgesamt eine andere Gesellschaft. Die Stellvertreterpolitik in der Gemeinde, im Stadtteil und auch im Betrieb wäre vorbei. Die Menschen würden selber die Politik in ihre Hände nehmen. Was früher noch Stadtteilinitiativen gegen Stuttgart 21 waren, könnten jetzt Stadtentwicklungsräte werden. Ein Rätssystem von unten könnte entwickelt werden, sowohl im Stadtteil als auch im Betrieb.

Der Daimlerstern auf dem Bahnhof würde zum Peace-Zeichen umgebaut werden. Hannes Rockenbach wäre Oberbürgermeister. Und dann würden wir erst recht weitermachen, denn es gäbe jede Menge zu tun. Die ganze Gesellschaft müsste nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten umgebaut werden. Umweltschäden



müssten soweit möglich repariert werden. Die Menschen hätten ein Recht auf Arbeit, und zwar keine befristete, prekäre, Mini- oder Leiharbeit, sondern sie hätten sichere und existenzsichernde Arbeit, mit deutlich kürzerer Arbeitszeit!

Stell Dir vor, es bleibt Kopfbahnhof – und alle gehen hin, die ganze Stadt in Besitz zu nehmen! Wessen Stadt? Unsere Stadt!

Stell Dir vor, Arbeiter und Angestellte von Daimler, Bosch, Mahle ... würden anfangen, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen, sich nicht mehr durch falsche Standortpolitik gegeneinander ausspielen lassen, sie würden z.B. ihre Gewerkschaften dazu bringen, die Leiharbeitsverträge zu kündigen und ihre Lage Stück für Stück verbessern ...

Stell Dir vor, sie würden zusammengehen mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst, vom Einzelhandel und anderen Bereichen. Sie wären wirklich eine große Macht.

Und was hat das bitteschön mit Stuttgart 21 zu tun?

Es braucht eine Veränderung des Kräfteverhältnisses, und das ist ohne die Arbeiterbewegung (im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften) nicht zu haben.

Wir Kommunisten sagen: Auf die Arbeiterbewegung kommt es an.

Stellen wir uns also vor, die Arbeiter von Stuttgart würden ihre Lage erkennen. Zugegeben, davon sind wir noch ein ganzes Stück entfernt.

Aber die Vorstellung könnte uns beflügeln!

Lob der Dialektik

Das Unrecht geht heute einher mit
sicherem Schritt.

Die Unterdrücker richten sich ein auf
zehntausend Jahre.

Die Gewalt versichert: So, wie es ist,
bleibt es.

Keine Stimme ertönt außer der Stimme
der Herrschenden.

Und auf den Märkten sagt die Aus-
beutung laut:

Jetzt beginne ich erst.

Aber von den Unterdrückten
sagen viele jetzt:

Was wir wollen, geht niemals.

Wer noch lebt, sage nicht: niemals!

Das Sichere ist nicht sicher.

So, wie es ist, bleibt es nicht.

Wenn die Herrschenden gesprochen
haben,

Werden die Beherrschten sprechen.

Wer wagt zu sagen: niemals?

An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.

An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?

Ebenfalls an uns.

Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!

Wer verloren ist, kämpfe!

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?

Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen,

Und aus Niemals wird: Heute noch!

Bertolt Brecht